Telegraphendruhtpacht Berlin-Dresden.

Dieses Blatt erscheint täglich früh 7 Uhr i. d. Exped.: Marienstr. 13. Abonnements-Preis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfg., durch die Post 2 Mark 75 Pfg. Nummer 10 Pfg. Für die Aufgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inserate für die Nr. Nachr. nehmen an: Annoncen-Bureaux der Herren Haasenstein & Vogler; Rud. Mosse; — Daube & Co.; — Invalidendank; — G. Müller in Berlin; — Rud. Kietz in Magdeburg; — J. Barck & Co. in Halle; — B. Arndt, Berlin W.; — Adolf Steiner in Hamburg; — Zeitungs-Agentur von L. Lietzau in Teplitz.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Fernsprech-Stellen Nr. 11 (Altst.) u. 532 (Neust.)

Inserate werden Marienstr. 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen. Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: Große Meißnergasse 5 nur an Wochentagen bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) kostet 15 Pfg. Unter eingesandt die Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Insertions-Aufträge werden nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postanweisung angenommen. — Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfg.

Erste und grösste
Masken- u. Theatergarderobe,
Dominos in vorzüglicher Auswahl für Herren u. Damen
E. Preusser's Nachf., **Max Jacobi,**
2 Galeriestrasse 2, part. und I. Etage.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

Moritz Klingner,
Augustusstrasse Nr. 4 (Bazar de voyage),
empfiehlt zur billigen und praktischen Reise
Fournier-Reisekoffer
als Unicum der Leichtigkeit, Solidität und Eleganz.
Grösste Auswahl von Taschen-Necessaires etc.

Gardinen-Fabrik
von Ed. Doss i. Auerbach i. V., Special- u. Hauptgesch.
Dresden, Waisenhausstr. 25 (Victoria-Salon),
empfiehlt sächsische, englische und Schweizer Gardinen, weiss und crême, d. Fenster v. 3 bis 100 Mk. Mustersend. nach auswärts bereitwilligst.

Neuheiten
erscheinen unausgesetzt.
Alle Stickerei-Materialien in grösster Auswahl.

Tapisserie-Manufactur
Altmarkt **C. HESSE** Altmarkt
Königl. Hoflieferant.

Vorjährige Muster
weit unter Kostenpreisen.
Beste Erledigung jeder Extrabestellung.

Nr. 26. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl.

Aussichten für den 26. Januar: Frischer Westwind, ziemlich trübe, Niederschläge, Temperatur wärmer.

Dresden, 1884. **Sonnabend, 26. Jan.**

Für die Monate Februar und März

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, **Marienstraße Nr. 13,** zu 1 Mark 70 Pfg., für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Reichsgebiet deutschen zu 1 Mark 84 Pfg., in der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie zu 1 Gulden 54 Kreuzer (excl. Agiozuschlag) angenommen.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Käme es einzig auf etliche amerikanische Großhändler und deutsche Großgrundbesitzer an, so wäre bereits der heftigste Zollkrieg zwischen dem deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten ausgebrochen. Den Grund hierzu giebt das Verbot ab, welches Deutschland gegen die Einfuhr amerikanischen Schweinefleisches erlassen hat. Ganz in der gleichen Lage befindet sich auch Frankreich Amerika gegenüber. In Folge dieser Verbote hat sich der Absatz jenes Nahrungsmittels ganz außerordentlich vermindert und die in ihrem Verdienste zurückgegangenen amerikanischen Exporteure bieten Himmel und Hölle auf, den Kongreß zu Zollmaßregeln zu bestimmen, durch welche Deutschland mürbe gemacht und zur Zurücknahme des Einfuhr-Verbotes gezwungen werden soll. Das unterseeische Kabel erzählt uns einen Tag um den anderen von Anträgen und Beschlüssen, die in den beiden Häusern des Kongresses zu Washington bald von der Kommission für Handelssachen, bald von dem auswärtigen Ausschusse vorgeschlagen werden sollen oder es auch schon sind. Bei der Allmacht des Dollars in Amerika und dem Einflusse, den große und reiche Interessentengruppen auf die Gesetzgeber der Republik drüben erfahrungsmäßig ausüben, zweifelt Niemand daran, daß schließlich der Kongreß ein Gesetz annimmt, kraft welches sich Amerika an Deutschland und Frankreich wegen des Schweinefleisch-Einfuhr-Verbotes rächt. Es fragt sich nur, ob der Präsident die betreffende Bill unterschreibt und ihr damit Gesetzeskraft verleiht. Die Begründung eines derartigen Gesetzes klingt allerdings eigenthümlich genug. Der Präsident Arthur soll „ermächtigt werden, den Import solcher Waaren zu verbieten, welche er nach Anhörung der Sachverständigen als der Gesundheit der amerikanischen Bevölkerung für schädlich betrachten würde, sofern dieselben aus Ländern kommen, die aus gleichem Grunde den Import amerikanischer Waaren und Produkte verbieten". Also, wenn gesundheitsschädliche Nahrungsmittel aus anderen Ländern, außer Deutschland und Frankreich, drüben eingeführt werden, so soll dies der Präsident ruhig geschehen lassen? Es wäre wahrheitsgemäßer gewesen, ganz einfach zu erklären: „Gegen Staaten, welche die Einfuhr amerikanischen Schweinefleisches verbieten oder beschränken, erklären wir den Zollkrieg!" Dahin möchten es die großen amerikanischen Exporteure bringen. Wir hoffen aber, daß die Einsicht der beiderseitigen Regierungen beide Reiche vor dieser trüben Aussicht zu bewahren im Stande ist.

Es ist sicher, daß den ersten Anstoß zum Erlaß des Einfuhr-Verbotes die Besorgniß der großen Grundbesitzer vor der Concurrenz des billigen amerikanischen Schweinefleisches gegeben hat. Ebenso sicher aber ist es auch, daß die Verbote zum Schutze der Gesundheit der Deutschen und Franzosen heilsam und unerläßlich waren. In Amerika wüthet die Trichinose unter den Schweineheerden epidemisch. Gestatten die Regierungen die Einfuhr trichinöser Schinken und Speckseiten, so werden die Trichinen-Erkrankungen, die zwar auch bei uns nicht fehlen, aber doch, Gott sei Dank! immer nur vereinzelt auftreten, allgemein und unausrottbar. Die Trichine geht von der Ratte, die nicht an der Trichinose stirbt, auf das Schwein über und umgekehrt; der Mensch befindet sich in diesen Kreislauf dieses edlen Geziefers eingeschoben. Der frühere Minister, Paul Bert, bezeichnete es vor Kurzem in der französischen Kammer als eine höchst fragwürdige Philantropie, die ärmeren Volksklassen mit Trichinen zu vergiften, unter dem Vorwande, daß das amerikanische Schweinefleisch billiger zu stehen kommt. Er rief aus: „Behüten wir unser Volk vor diesen Gefahren, um nicht Handelsleute zu bereichern, die sich als Volkswirthe ausgeben und gern als Volksfreunde gelten möchten!" Amerika hat es ja am meisten selbst in der Hand, diesen Zustand zu beseitigen. Erlasse man dort ein Trichinenschaugesetz! Untersuche man mindestens die Exportwaaren von amtswegen und stemple sie, wenn sie als trichinenfrei befunden werden. So unverschämt kann doch keine Regierung sein, anderen Staaten zuzumuthen, notorisch gesundheitsschädliche Nahrungsmittel zuzulassen und im Weigerungsfalle mit Retorsionsmaßregeln zu drohen! Die Vernunft weist von selbst auf den Vorschlag hin, daß Amerika seinerseits Alles thue, um den gerechten Beschwerden Europas abzuhelfen.

Das ist jedenfalls ersprießlicher als auf einen Zollkrieg hinzuarbeiten. Abgesehen von der erbitterten Stimmung, die von allen Kampfmaßregeln unzertrennlich, so ist es unvermeidlich, daß die Konsumenten, die Empfänger von Waaren und Lebensmitteln diesseits wie jenseits des Ozeans unter dem Zollkriege schwer zu leiden haben. Frankreich würde es empfinden, wenn Amerika seine Rothweine entweder verböte oder mit hohen Zöllen belegte; Deutschland ist mit den wichtigsten Industrien so auf den amerikanischen Absatzmarkt angewiesen, daß Zollerhöhungen oder Verbote die empfindlichste Rückwirkung auf ausgedehnte Bevölkerungsklassen bei uns ausüben würden. Amerika seinerseits würde das Stocken der europäischen Zufuhr, die ihm unentbehrlich, sehr schwer büßen. Deutschland müßte, um sich zu revanchiren, die Zölle auf amerikanische Produkte erhöhen: Petroleum, Weizen, Baumwolle; am nächsten läge ein hoher Schutzzoll auf amerikanische Nähmaschinen, um welchen ja unsere deutschen Nähmaschinenfabrikanten schon lange die Regierung bestürmen und was dergleichen Maßregeln mehr wären. Die amerikanischen Producenten würden gar bald Ach und Wehe schreien, sobald in Europa für ihre Massen-Erzeugnisse der Absatzmarkt geschmälert würde oder ganz verloren ginge. Mit einem Worte: bei einem Zollkriege zwischen zwei wirthschaftlich so auf einander angewiesenen Reichen leiden beide Theile und es ist ein schlechter Trost für den Geschädigten, seinem Gegner womöglich eine noch tiefere Wunde versetzt zu haben. Darum erscheinen gesundheitliche Schutzmaßregeln seitens der Amerikaner als die unerläßliche Vorbedingung zur Verhütung eines Zollkriegs.

Im Wiener Reichsrath hat die große Debatte über die czechische Sprache begonnen. Seit Wochen beschäftigt sich die öffentliche Meinung in beiden österreichischen Reichshälften mit dem „Kampfe um die deutsche Sprache". Zum Schutze derselben gegen die Angriffe der Slaven hat ein wackerer Edelmann, Graf Wurmbrand, den Antrag gestellt, die deutsche Sprache amtlich als Staatssprache zu erklären und gleichzeitig verlangt Dr. Herbst die Zurücknahme der berühmten Sprachenordnung, welche in Böhmen, Mähren und Schlesien die czechische Sprache auf Kosten der Deutschen bevorzugt. Gegen beide Anträge lehnt sich die Regierung (Graf Taaffe) und die slavisch-klerikale-feudale Mehrheit der Kammer auf. Sie behaupten, die deutsche Sprache sei thatsächlich schon längst die Staatssprache Oesterreichs; man brauche dies nicht erst noch durch ein Gesetz ausdrücklich auszusprechen; zu einem solchen Gesetze, das für die Königreiche und Länder giltig sein solle, wäre auch der Reichsrath gar nicht kompetent. Niemand bestreite ja die Geltung der deutschen Sprache als eines Verständigungsmittel für die gemeinsamen Angelegenheiten. Die Czechen führen an, daß die Proklamirung der deutschen Sprache als Amtssprache ihr „Nationalgefühl" verletze. Welche Gründe unsere deutschen Brüder nöthigen, jene beiden Anträge gerade jetzt einzubringen, braucht man nicht des Weiteren darzulegen. Für sie handelt es sich um hohe nationale und politische Ziele. Sie wollen Schutzmauern aufrichten, damit die slavische Bewegung das Deutschthum nicht noch mehr verdränge; sie wollen die Deutschen in den gemischtsprachigen Gebieten vor den schwersten Gefahren bewahren und ihre Fortexistenz als Deutsche ermöglichen, sie wollen den deutschen Charakter Oesterreichs retten und verhüten, daß eine babylonische Sprachenverwirrung in den Aemtern und in der Armee einreiße.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 25. Jan.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus berieth die Sekundärbahnvorlage, wobei natürlich eine lange Reihe von lokalen Wünschen vorgebracht wurden. Minister Maybach meinte, wenn noch einige Jahre hindurch jährlich 50 bis 60 Millionen für Meliorationsbauten u. s. w. ausgegeben würden, werde man zahlreiche Wünsche befriedigen können. Das leuchtete den nachfolgenden Rednern auch ein. Die Sekundärbahnvorlage wurde an die Kommission verwiesen. Beim Etat des Innern beantragt Rickert die Vorlegung spezieller Nachweisung über die Verwendung der Remunerationen, worüber eine lange Debatte sich entspann. Schließlich wurde der Antrag abgelehnt und der Remunerationsfond bewilligt.

Berlin. Die „Kreuzzeitung" erklärt, die Versetzung des Grafen Herbert Bismarck an die Botschaft in Petersburg habe sicherem Vernehmen nach mit politischen Konstellationen nichts zu thun. Graf Bismarck sei zuerst nach Dresden, dann nach Wien und London versetzt worden, um, wie in der Diplomatie üblich, durch eigene Anschauung sich Personenkenntniß zu bilden.

Berlin. Der Volkswirthschaftsrath nahm heute die Bildung von Berufsgenossenschaften als Träger der Unfallversicherung an, ebenso die Bestimmung, wonach die Kosten der Versicherung ausschließlich von Berufsgenossenschaften getragen werden sollen.

Berlin. Der Kaiser, der, obwohl sich sein Befinden gebessert hat, sich doch noch einige Tage Schonung auferlegen muß, empfing den Statthalter der Reichslande in einer Audienz.

Wien. In dem berüchtigten Floridsdorf wurde heute früh ein Detektivbeamter Namens Bloch, als derselbe sich von seiner Wohnung nach dem Polizeikommissariat begab, von einem anscheinend dem Arbeiterstande angehörenden Mann erschossen. Die Passanten nahmen den Mörder, welcher zu entfliehen versuchte, fest und brachten ihn nach dem Polizeikommissariat. Im Besitze des Mörders, welcher jede Auskunft verweigerte, wurde eine Dynamitbombe, ein Revolver und ein vergifteter Dolch gefunden.

Paris. Die Regierung besitzt angeblich einen Nachweis, daß die Bewegung unter den Polizeikonstablern von Seiten der Monarchisten hervorgerufen worden, welche die entlassenen Polizisten als Agents provocateurs benutzten, um unter dem Polizeikorps zu hetzen. Unzufriedenheit wachzurufen und gleichzeitig durch alarmirende Gerüchte von dem Streike desselben die öffentliche Meinung zu beunruhigen. Uebrigens hat sich die Aufregung unter den Konstablern wieder gelegt.

Madrid. Ein Franzose, Namens Bourdier, und ein Portugiese, Jose Jcuana Ferrova, wurden in Buen Retiro verhaftet, nachdem wahrgenommen worden war, daß dieselben dem König und der Königin seit mehreren Tagen bei ihren Promenaden unablässig folgten. Es ist eine Untersuchung eingeleitet worden.

Die **Berliner Börse** verlief recht fest, aber der Verkehr war nicht bedeutend. Man verhielt sich reservirt, da in Wien und Paris an der Rentenbourse andere Papiere nicht theilnehmen. Spekulative Banken waren relativ lebhaft. Kreditaktien schlossen 5 Mk., Diskontogesellschaft 1, deutsche Bank ¾ Proz. höher. Kassabanken waren fest, aber still. Eisenbahnen standen im Hintergrunde, deutsche Bahnen konnten sich nur theilweis behaupten. Ostpreußen waren weichend, ebenso Marienburger, Franzosen lustlos, da die Mindereinnahme verstimmte. Andere österreichische Bahnen waren kaum verändert, dagegen wurden Gotthardbahn bei regem Verkehr 2 Proz. höher. Oesterreichische Prioritäten waren in kleineren Posten gut gefragt, Montanwerthe still und schwächer, Industrievapiere dagegen vorwiegend höher. Edison gewannen infolge der Genehmigung des Vertrages mit der Stadt Berlin 5 Proz. Brauereien waren anziehend. Sofbrig ¾ Proz. besser, deutsche Fonds still und fest, ungarische Goldrente und Italiener belebt und steigend.

Paris, 25. Januar. (Schluß.) Rente 77,25. Anleihe 107,80, Italiener 92,05, Staatsbahn 662,50, Lombarden 312,50, do. Prioritäten 301, Egypter 342. Oesterr. Goldrente 84¼. Türken.

Amsterdam (Produkten), 25. Januar. (Schluß). Weizen März 217,00, weichend. Roggen März 141,00. Mai —,—. matt.

London (Getreidemarkt), (Schluß.) 25. Jan. Englischer Weizen träge, fremder Tendenz besser, unverändert, angekommener thätig. Mehl gedrückt, Hafer stetig, feiner gefragt, Mais williger, feine Malzgerste fest, Mahlgerste ruhig, stetig, Erbsen, Bohnen träge. Wetter: Schön.

Lokales und Sächsisches.

— Heute jagt Se. Maj. der König mit geladenen Kavalieren auf dem Jagdrevier bei Friedrichstadt-Dresden.

— In der gestrigen Sitzung der 2. Kammer bildeten den ersten Punkt der Tagesordnung die Vorberathung über das Dekret, welches die Genehmigung der Kammer zur Ermiethung eines Hauses in Berlin für die dortige Gesandtschaft und die Bevollmächtigten beim Bundesrath nachsucht. Vicepräsident Dr. Pfeiffer beantragt, das Dekret an die Finanzdeputation zu verweisen tritt aber lebhaft dafür ein, daß dieselbe nicht die Ermiethung, sondern bei der jetzigen günstigen Finanzlage und in Anbetracht der bedeutenden Vortheile, die dem Staate daraus erwachsen würden, den Ankauf eines geeigneten Gebäudes empfehlen möge. Abg. Ahlemann stimmt dem hierin voll und ganz bei. Kriegsminister von Fabrice konstatirt, daß es nur die vielen anderen Ansprüche, die man an die verfügbaren Ueberschüsse der Staatskasse erhoben habe, gewesen seien, welche in ihm das Bedenken erweckt, ob ein Vorschlag für Ankauf eines Gebäudes bei der Kammer Anklang finden würde. Das Interesse des Staates werde natürlich durch einen eventuellen Ankauf besser wahrgenommen. Abg. Bebel: Wenn in dem Berichte gesagt würde, daß die Regierung oft nicht in der Lage gewesen sei, ihre Bundesbevollmächtigten unter den bisherigen Verhältnissen genügend zu instruiren, so frage es sich noch, ob dies nicht mit der hier gehandhabten Führung der Geschäfte zusammenginge. Wenn er ferner sähe, wie viel für die Annehmlichkeit der Staatsbeamten gethan würde, so erscheine ihm der Abstand zwischen diesen und den Reichstagsabgeordneten in dieser Beziehung zu groß. Auch für letztere wäre es wünschenswerth, daß sie in der Nähe des Reichstagsgebäudes wohnten, dies sei aber für einen großen Theil derselben unmöglich, so lange sie keine Diäten bezögen. Bis jetzt seien alle diesbezüglichen, vom Reichstag ausgegangenen Anträge vom Bundesrath abgelehnt worden, und seines Wissens hätte auch die sächsische Regierung für Ablehnung gestimmt. Deshalb werde er, so lange sich die Regierung noch gegen Diätenzahlung sträube, gegen die Vorlage stimmen. Vicepräsident Dr. Pfeiffer erinnert daran, daß es sich hier nicht um die Bequemlichkeit der Beamten, sondern um den Erwerb eines Amtslokales handle. Vorredner hätte ferner richtiger so schließen müssen: Wir sollen einwilligen, damit wir Abgeordneten auch etwas bekommen. Abg. Bebel dagegen meint, wenn man der Regierung auch Alles bewillige, so habe man doch nicht die Garantie, daß diese dann zu Gegenconcessionen bereit sei. In seiner parlamentarischen Praxis habe er das Gegentheil erfahren. Nachdem Abg. Walter ebenfalls den Vorschlag des Vicepräsidenten Dr. Pfeiffer befürwortet, wird das Dekret an die Finanzdeputation verwiesen. Abg. v. Kirchbach berichtet sodann über den Gesetzentwurf wegen Entschädigung etwaiger in Folge von Impfung der Lungenseuche entstandenen Verluste. Abg. Jungnickel spricht hierbei den Wunsch aus, daß für das vom Thierarzt für genießbar erklärte Fleisch des geschlachteten Thieres wenigstens die Hälfte des Werthes vom Staate erlegt werden möchte, da sich wohl Niemand finden würde, der dasselbe genieße, wird jedoch von Referent v. Kirchbach dahin bedeutet, daß dies mit dem einschlagenden Paragraphen des Reichsgesetzes nicht übereinstimmen würde, was Herr Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz auch bestätigt. Die Kammer nimmt sodann den Gesetzentwurf mit einer unbedeutenden Abänderung an. Die Beschwerde des Stadtkassirers Ostmann in Döbeln wegen der Höhe seiner Heranziehung zur Staats-Einkommensteuer läßt die Kammer gemäß dem Dep.-Antrag, Ref. Ahnert, auf sich beruhen. Abg. Kirbach benutzt die Gelegenheit, um die Regierung zu ersuchen, da sie nun einmal für den nächsten Landtag ein neues Gesetz über die Tarife vorlegen werde, zugleich auch andere revisionsbedürftige Punkte der Steuergesetzgebung mit zu revidiren. Die Petitionen der Stadt Meerane und 25 anderer Städte sowie der Gemeinderäthe zu Großröhrsdorf und Neudnitz führen zu einer lebhaften Debatte, in der sich namentlich die Sozialdemokraten für die am Mittwoch erlittene Niederlage einigermaßen zu revanchiren suchten. Ueber die Petitionen haben wir bereits gestern berichtet. Als Referent der Deputations-Majorität beantragt Abg. Jungnickel, dieselben der Regierung zur Erwägung zu überweisen, während Abg. Käußler als Referent der Minorität befürwortet, dieselben auf sich beruhen zu lassen. Letzterer will die Ausnahmestellung der Beamten, insofern das feste Einkommen derselben nur zu ⅘ für die Kommunalbesteuerung herbeigezogen wird, gewahrt wissen. Wenn die Petenten anführten, daß der auf ⅗ normirte Abzug ein willkürlich bemessener wäre, so weise er darauf hin, daß derselbe in anderen Ländern ein viel größerer sei, daß in Preußen z. B. nur halb des festen Gehaltes der Beamten zur Kommunalbesteuerung herbeigezogen wird. Bei der Einschätzung der nicht festen Einkommen kämen stets Irrthümer vor, der Steuerdeklarant könne sich auch trotz seiner Ehrlichkeit irren. Die Einkommensteuer sei seines Erachtens ganz dazu angethan, den Volksgeist im besten Sinne des Wortes zu fördern, dazu aber gehöre die Ueberzeugung der Familienväter, daß sie ihr Haus in Ordnung halten und genau Buch führen müßten, um dem Gesetz gegenüber wahr verfahren zu können. Abg. Ahnert dagegen meint, es sei ein ungeheures Mißtrauen, wenn man annehme, daß Personen ohne festes Diensteinkommen ihre Einnahmen zu niedrig deklarirten. Es gäbe auch eine Reihe von Ueberschätzungen. Man betrachte vieles als festes Diensteinkommen, was man absolut nicht so nennen könne, so z. B. den Gehalt eines Commis, der doch jeden Augenblick vom Prinzipal geändert werden könne. Abgeordneter Käußler habe wohl geglaubt, daß es sich nur um das Diensteinkommen von Beamten handle, wie es z. B. in Preußen der Fall wäre. Gegen diese enge Fassung habe er selbst nichts einzuwenden. Abg. Kirbach ist ebenfalls für den Majoritätsantrag, schon aus dem Grunde, weil es absolut unzulässig sei, daß der Staat, wo es sich um sein eigenes Recht handele, nichts aufgeben wolle, was er von den Gemeinden verlange. Abg. v. Oelschlägel wünscht, daß alles Einkommen aus persönlicher Thätigkeit niedriger eingestellt werde. In Anerkennung der Thatsache, daß jetzt eine Ungerechtigkeit wirklich existire, beantragt er, die Petition der Regierung zur Kenntnißnahme zu überweisen, um damit zu sagen, daß sie ein beachtenswerthes Moment enthielten. Abg. Dr. Heine hält den Vorschlag v. Oelschlägel's für eine sehr fragliche Besserung. Auch er stimmt mit dem Abg. Ahnert überein, daß man für festes Diensteinkommen keine Grenzen ziehen könne. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz: Die fraglichen Bestimmungen wären nicht von der Regierung erfunden worden, sondern hätten sich historisch entwickelt. Wenn Abg. Heine meine, daß die Bestimmungen des Gesetzes verschieden interpretirt werden könnten, so möge er nur bestimmte Vorschläge in Form eines Antrages machen, die Regierung aber könne nicht sagen, ob das Gesetz so oder so zu interpretiren sei. Abg. Bebel meint dagegen, der historische Moment könne am wenigsten dafür sprechen, daß die Bestimmungen aufrecht erhalten werden sollen. Es kämen allerdings bei Steuerdeklarationen Ueberschätzungen und Unterschätzungen vor, letztere allerdings meist bei größeren Einkommen. Ungerecht seien die Bestimmungen des Gesetzes insofern, als die Mehrzahl der Steuerzahler, die Arbeiter, mit ihrem vollen Einkommen herangezogen würden. Auch die Art und Weise der Einschätzung durch die Kommission sei ungerecht, es komme sogar vor, daß Arbeitgeber das Einkommen ihrer Arbeiter höher dekla-